

Tischvorlage zur Sitzung des Gemeinderats am 26.04.2010**Interfraktioneller Antrag auf Beschluss einer Resolution
an die Landesregierung Baden-Württemberg****wegen****Änderung der Bestattungsordnung**

Der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden hat beschlossen, dass bei künftigen Ausschreibungen der Stadt nur Produkte Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt werden. Dies ist von den Auftragnehmern durch Zertifizierung oder durch Eigenerklärung des Anbieters nachzuweisen.

Besonders bei der Herstellung von Grabsteinen ist ausbeuterische Kinderarbeit häufig anzutreffen. Vielfach sind neu zu errichtende Grabsteine auf deutschen Friedhöfen Billigimporte aus Indien, wo in den Steinbrüchen oft Kinder mit schweren Maschinen arbeiten und ungeschützt den gefährlichen Feinstaub einatmen müssen.

Aus rechtlichen Gründen kann derzeit über die städtische Friedhofssatzung leider kein Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit erlassen werden, da dies nach herrschender Rechtsprechung die Kompetenz der kommunalen Satzungsautonomie überschreitet. Die Stadt Baden-Baden bittet daher die Landregierung, für eine Änderung der Gesetzeslage einzutreten, damit die Kommunen die Verwendung von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf ihren Friedhöfen verbieten können.

gez. Armin Schöpflin, CDU-Fraktion

gez. Beate Böhlen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

gez. Dr. Hans-Peter Ehinger, Fraktion Freie Wähler

gez. Joachim Knöpfel, SPD-Fraktion

gez. Michael Bauer, FDP-Fraktion